

nicht seltenen den Typus des russischen Politikers, der korrupt ist und bedenkenlos nur in die eigene Tasche wirtschaftet. Dazu zählt auch so mancher Oligarch. Die Gefahr dieser Politiker besteht darin, daß sie Zutlucht zu einem engstirnigen Nationalismus nehmen, wenn sie in die Enge getrieben werden. Dann sind konstruktive Verhandlungen oder gar tragfähige Lösungen mit ihnen nicht möglich. Auch im Geheimdienst FSB durchkreuzen sich mehrere unterschiedliche Strömungen.

Eine große Gefahr geht auch von der Orthodoxen Kirche aus, weil sie sich mit der Politik verbunden hat und in ihrem Machtanspruch keine Grenzen kennt. Sie ist ausschließlich auf Rußland zentriert und vertritt grundsätzlich -bisweilen sogar nachvollziehbar -eine ablehnende Haltung gegenüber westlichen Einflüssen. Diejenigen russischen Politiker aber, die über Bildung verfügen und im Interesse ihres Landes handeln, und seien sie auch absolute Pragmatiker, erkennen, daß Rußland und Deutschland aufeinander bezogen sind. Sie sorgen für die Konstanz in der Beziehung der beiden Länder.

Wenn wir unsere eigene Position betrachten, so müssen wir uns fragen: Wird Deutschland in der Lage sein, sich aus seiner Unmündigkeit zu befreien und eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben? Uns fehlen die politischen Eliten, die den geeigneten Weg nach Rußland einschlagen könnten. Nach der Schließung des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien entstand eine Lücke in der Rußlandforschung. Den deutsch-russischen Beziehungen fehlt es an der notwendigen Dynamik und den funktionierenden Institutionen. An deutschen Hochschulen sinkt das Interesse an russischen Sprachkursen. Es werden immer weniger Dissertationen zum Thema Rußland verfaßt. Die Fächer Slawistik und Osteuropakunde an unseren Universitäten finden immer weniger Interesse. Wir können unsere Rußlandpolitik nicht einfach der Wirtschaft überlassen. Aber wie gesagt: Die Voraussetzung in allen diesen Fragen ist die Befreiung aus unserer Unmündigkeit - und Sie alle verstehen, was ich mit Unmündigkeit meine.

Die ungelöste Frage Ostdeutschland

Die zweite Vertreibung

Heinrich Wandler

Es ist das größte Völkerrechtsverbrechen, das jemals in Europa begangen wurde, die Vertreibung und Ausmordung der Ostdeutschen. 18 bis 20 Millionen Menschen verloren in Ostdeutschland und im angrenzenden Ost- und Südosteuropa Heimat und Habe und sechs Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, verloren hierbei ihr Leben.

Die hohen, amtliche Angaben übertreffenden Zahlen sind durch Konrad Adenauer und James Bacque bestätigt. Tausendfach belegt sind die alptraumhaften Umstände der Austreibung mit ihrem Massakern, Hungerlagern, Massenvergewaltigungen und Ausplünderungen. Wenn je die Rede von einzigartigen und monströsen Verbrechen ist, dann war es diese Austreibung.

66 Jahre später scheint jenes einzigartige Verbrechen in Vergessenheit zu geraten, jedenfalls in den offiziellen Verlautbarungen der Bundesrepublik, den staatlichen Schulen und in den gelenkten Medien. Schlimmer noch: wer Wieder gutmachung fordert oder sogar die Wiederherstellung der deutschen Herrschaft über unsere Ostgebiete, die nach herrschendem Völkerrecht unverändert Teile des Deutschen Reiches sind, sieht sich unversehens an den Pranger gestellt.

Wer dann trotzdem vor internationalen Gerichten klagt, wie die „Preußische Treuhänder“, muß erleben, daß ihm die „eigene“ Regierung in den Rücken fällt. Den als „bester Außenminister, den Polen je hatte“ bekannt gewordenen Herrn Genscher versucht der derzeitige Außenminister der BRD, Herr Westerwelle, durch sein Kriechen vor dem Raubstaat Polen noch zu unterbieten. Die schwärzeste Stunde für dieses alliierte Nachkriegserzeugnis auf deutschem Boden schlug am 20. September 1990, als der Bundestag mit großer Mehrheit und stehenden Ovationen der kriegsbedingten Demarkationslinie an Oder und Neiße

als neue deutsche Ostgrenze zustimmte.

Und selbst der „Bund der Vertriebenen“ (BdV), zu dem sich Flüchtlinge und Vertriebene in Landesverbänden zusammengeschlossen haben, um ihr Recht auf Heimat zu wahren, versagt ungeachtet seiner Millionen Mitglieder auf ganzer Strecke durch Vorteilsnahme und Bestechlichkeit seiner Spitzenfunktionäre, da sie von staatlichen Zuwendungen abhängen. Die Landesverbände änderten auf Druck des Systems ihre Satzung dort, wo von der Wiederherstellung des Völkerrechtes die Rede ist und die Verbandsfunktionäre feuern Mitstreiter, wie Dr. Latussek, die nicht auf Verzichtskurs zu bringen sind.

Die derzeitige Vorsitzende, Frau Steinbach, MdB, die schon den Rauswurf von Dr. Latussek zu vertreten hat, hat zuletzt gekniffen, als sie auf einen Sitz im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ verzichtete auf Druck Polens und, unglaublicherweise, des „deutschen“ Außenministers und einer Kanzlerin, die damit wiederholt Deutschland schadet.

Ohnehin war die Stiftung zu einem Hohn auf den Stiftungszweck, nämlich des Gedenkens der Vertreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat und ihrer Opfer, verkommen durch die Mitgliedschaft ausgerechnet des Vertreiber- und Raubstaates Polen im Rat, wodurch der Bock zum Gärtner geriet. Und womöglich noch schlimmer, durch die Mitgliedschaft des „Zentralrates der Juden in Deutschland“ als Vertreter jenes Staates, welcher bis heute noch immer die Palästinenser vertreibt und ausmordet,

Dieser merkwürdige „Zentralrat“ fordert doch tatsächlich, das Thema „Vertreibung“ in einen Zusammenhang mit „nationalsozialistischen Menschenrechtsverbrechen“ zu stellen, so, als ob sich die Vertriebenen selbst vertrieben hätten. Auf diese Weise werden die Opfer zu Tätern gestempelt und solchermaßen auch noch verhöhnt.



Nun finden sich die Vertriebenen, die Opfer des grausamsten Vertreibungsverbrechens der europäischen Geschichte, ein zweites Mal vertrieben, diesmal aus Geschichte und Recht.

Dabei ist Ostdeutschland - das richtige Ostdeutschland östlich Oder und Neiße - für Deutschland in jeder Hinsicht unverzichtbar. Es ist nicht nur eine Frage des Stolzes und der Ehre, diese Länderreien um jeden Preis wiederzugewinnen, sondern darüber hinaus eine schiere Überlebensfrage für uns Deutsche. Wenn rechtswidriger Verzicht Schule macht, dann geht es weiter nach der Salami-Methode, bis von Deutschland nichts mehr übrig bleibt. Das wissen auch die Japaner, bis bis heute nicht auf die von den Russen geraubten Inseln verzichten. Aber allein schon ohne Ostdeutschland, der früheren Kornkammer des Reiches, ist Deutschland verloren, wenn es in einer Notzeit auf sich allein gestellt ist - und eine solche Lage ist absehbar. Laßt uns daher kämpfen für unser deutsches Recht, für die Befreiung Ostdeutschlands aus Besatzung und Ausplünderung und für eine deutsche Zukunft!

Ein Ruf aus Königsberg

Im Folgenden Auszüge aus der Rundfunkansprache des letzten Inhabers des Lehrstuhles Immanuel Kants an der Universität Königsberg, gehalten im März 1945:

„Der angestammte Platz des Gelehrten ist das Laboratorium, der Schreibtisch, der Hörsaal. In dieser Stunde und an diesem Ort aber scheint mir, darf ein deutscher Gelehrter sich unmittelbar an das Ohr der Welt wenden. Der Ernst des Todes, der uns hier in Königsberg umringt, sichert Ihnen gegen die ungewohnte und verführerische Gelegenheit, anderes als die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen.“

Ich rede in niemandes Auftrag. Ich habe von mir aus, als der derzeitige Inhaber des Königsberger Philosophischen Lehrstuhles, des Lehrstuhles Immanuel Kants, um die Möglichkeit gebeten über den deutschen Rundfunk das Wort zu

ergreifen. Wer im Angesicht Kants redet, redet im Angesicht Europas. Zu Kants Gedächtnis und für die Zukunft Europas will ich sagen, was ich zu sagen habe.

Ich spreche aus einem Trümmerhaufen. In zwei Nächten des vergangenen Augusts haben britische Bomber Leben und Gestalt der Innenstadt Königsbergs ausgelöscht. Jene höllischen Nächte enthüllten auch in dieser Stadt, daß die Grausamkeiten des gegenwärtigen Krieges schon unter uns Europäern - von den Grausamkeiten der Russen schwebelich - so ins Maßlose gestiegen sind, daß am Ende dieses Krieges kein einziger der Beteiligten über den Gegner moralisch Gericht halten könnte, ohne Gott zu lästern.

Ich weiß sehr wohl, daß dies in den Wind gesagt sein wird, für den Fall, daß Deutschland in dem jetzigen Kampf unterläge. Aller Warnungen vernünftiger